

Kommentare“, Januar 1969, S. 29 bis 32). Man darf seine Aussagen kaum unterschätzen, zumal da Leser, die nicht die Erfahrungen der Kirchenkampfzeit präsent haben, hier die Leitmotive der führenden Kirchenmänner der EKD ersehen können. In der Forderung eines entschlossenen Widerstandes in den Anfängen, „weil es nachher zu spät ist“, wirken Vorgänge des Jahres 1933 nach, als die Deutschen Christen Hitlers die Politisierung der damaligen evangelischen Kirchen auf ihr Programm geschrieben hatten und mit Hilfe von Wahlen, die Hitler unterstützte, auch durchsetzten. Beckmann kennzeichnet daher die Opposition gegen die sog. patriarchalisch-autoritären Strukturen als einen „beginnenden Kirchenkampf“, in dem keine Kompromisse wie 1933 gemacht werden dürften. Die Gegensätze zwischen der evangelischen Kirchenführung und der „Bekennnisgemeinschaft: Kein anderes Evangelium“ seien demgegenüber verhältnismäßig harmlos, weil beiden Seiten am rechten Verständnis der Bibel, also am Evangelium, gelegen sei. Heute seien die Kirchenleitungen und vor allem die Synoden in der Gefahr, gar nichts zu tun, weil sie von rechts bedrängt würden durch die „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher“, die völlige Enthaltung von Politik verlangen, und die gesellschaftspolitische Opposition von links. Da man nicht wissen könne,

welche Kräfte sich bei Wahlen durchsetzen würden, sei es möglich, daß die Synoden oder Kirchenleitungen wieder vor der Revolution kapitulieren und dann statt eines völkischen ein sozialrevolutionäres Evangelium von den Kanzeln verkündet werde. Aus diesen Gedanken ergibt sich, daß der Rat der EKD-West, dem Präses Beckmann angehört, in seinem Kommuniqué mehr als eine Deklamation veröffentlicht hat. Noch weiter als Präses Beckmann ging Prof. E. Schlink in einem warnenden Vortrag über die Verantwortung der Christenheit für soziale Gerechtigkeit und Frieden, den er am 29. Januar 1969 in der Matthäuskirche zu Frankfurt am Main hielt (epd, 30. 1. 69). Er sprach von der nicht „zufälligen Parallelität“, daß sowohl auf dem Zweiten Vatikanum wie auf der Weltkirchenkonferenz von Uppsala die Einigung unter den Kirchen und das Engagement für Gerechtigkeit und Frieden im Mittelpunkt standen. Dennoch fände sich die Christenheit beiderseits in einer tiefen Krise, die man „als eine Art inneres Schisma“ zwischen progressiven und konservativen Kräften bezeichnen müsse. Weder das Zweite Vatikanum noch Uppsala hätten eindeutig geklärt, daß ein soziales Engagement, losgelöst vom Christusgeschehen, zu einem bloßen Humanismus führen könne. Daher sei die derzeitige Krise „lebensgefährlich“ und rufe nach Entscheidungen.

etwa eine Rede, die König *Hassan II.* am 4. Dezember 1968 im Mausoleum Moulay Hassan hielt. In dieser Rede, die von der staatsbürgerlichen Verantwortung handelte, scheint die „arabische Nation“ nicht einmal dem Namen nach erwähnt worden zu sein. Vielmehr sprach König Hassan II. von der Verantwortung des einzelnen gegenüber der muslimischen Gemeinschaft, die sich ihm auch in der Summe der muslimischen Staaten darstellt. Seine Absage an den „arabischen Sozialismus“ und zugleich auch indirekt an die meisten Formen der arabischen Nationalismen war dabei ziemlich eindeutig: Die muslimischen Staaten stellten durch ihren natürlichen Reichtum und ihre geographische Lage eine bedeutende Macht in dieser Welt dar. Durch mangelnden Zusammenhalt und durch Meinungsverschiedenheiten kann diese Macht nicht realisiert werden. Um dahin zu gelangen, gibt es nur ein Mittel, nämlich sich der Zugehörigkeit zum Islam bewußt zu werden, zu den Quellen der Religion zurückzukehren. Aus diesen Quellen werden die Muslimen das gemeinsame Gefühl der Brüderlichkeit und der Solidarität schöpfen. Indem die Muslimen sich individuell oder kollektiv des Islams bewußt werden, werden sie sich auch wieder von den Verirrungen all jener Ideologien befreien können, die dem Islam fremd sind. Der Islam bedarf keiner anderen Doktrin, um die Staaten und Gemeinschaften zu organisieren und um die Freiheit und Würde des einzelnen und der Gemeinschaft zu gewährleisten (nach *Revue de Presse de Maghreb — Proche Orient — Moyen Orient*, Januar 1969).

Panislamische Tendenzen in Nordafrika

Die Problematik des „arabischen Nationalismus“, der Wunsch, die einzelnen arabischen Staaten und ihre Gesamtheit als Nationalstaat zu konstituieren, wobei der Begriff und die (eher fiktive) Institution der muslimischen Ummah, der religiösen Gemeinschaft, die sich als Religionsvolk versteht und konstituieren sollte, beiseite geschoben werden muß, wird immer wieder verdeckt durch die Tatsache, daß der Islam die einzige integrierende Institution in den arabischen Staaten ist. Subtrahiert man einmal den Islam vom „Arabertum“, so bleibt als einziges Band, welches die Araber einigt, eine Sprache. Es gibt keine arabische säkulare Kultur. Es ist daher nicht nur politisches Taktieren, wenn auch laizistische oder sozialistische Araber immer wieder wenigstens auf

die ethischen Normen des Islams zurückgreifen, wenn es darum geht, säkulare Institutionen einzuführen oder durchzusetzen, deren die sich nun einmal modernisierende Gesellschaft in den arabischen Staaten bedarf. Dies wird in den arabischen Randgebieten im Norden Afrikas, mit ihren starken berberischen Minderheiten, besonders deutlich.

Eine Rede König Hassans

Die Verwurzelung im Islam ist im relativ konservativen Marokko heute wohl noch am stärksten. Marokko versteht sich zweifellos als arabischer Staat, doch hat auch hier das Arabertum nicht mehr zu bieten als eine Sprache — eine Sprache, die zudem von der muslimischen Kultur durchtränkt ist. Bezeichnend hierfür ist

Ein sozialistisches Gegenbeispiel

Bemerkenswert muß ein Vergleich dieser Argumente mit denen der arabischen Sozialisten ausfallen. Während der Islam der klassischen Prägung heute davon ausgeht, daß der Islam genüge, um alle menschlichen Probleme gerecht zu lösen, macht der arabische Sozialismus in der Regel geltend, daß ja schon der Islam seinem Wesen nach „sozialistisch“ sei. In der Intention und im Tenor keineswegs sehr verschieden von der oben angeführten Rede waren die Ausführungen des algerischen Ministers für religiöse Angelegenheiten *L. Saadouni* bei der Eröffnung eines Seminars mit dem Thema „Einfüh-

„rung in das muslimische Denken“, das am 25. Dezember 1968 in Algier stattfand. Saadouni ging von der Frage aus, warum die muslimischen Staaten immer noch rückständig und unterentwickelt seien. Die muslimischen Staaten hätten auf dem Weg der Erneuerung in den letzten 100 Jahren das Wesentlichste verloren, nämlich das Bewußtsein ihrer organischen Einheit. Es sei eine neue Zivilisation zu schaffen, meinte Saadouni, nicht etwa in den Parzellen, welche Tunesien, Pakistan oder Indonesien heißen, sondern im alten Raum der muslimischen Zivilisation, der sich über drei Kontinente er-

streckt. Man müsse sich vor vielversprechenden Illusionen hüten. Vielmehr müsse man angemessene Wege einer Erneuerung suchen, auf welchen die muslimische Authentizität bewahrt werden könnte.

Keine panislamische Renaissance

Der Wert solcher Äußerungen, die eine aus dem Munde eines konservativen Monarchen, die andere von einem Minister in einer sozialistischen Regierung, sollten nicht überschätzt werden. Sie sind keineswegs Anzeichen für ein Wiedererstarken panislamischer Bewegungen; sie sind,

politisch betrachtet, ganz einfach unrealistisch, denn die gemeinsame Religion etwa Indonesiens und Marokkos wird niemals eine wirkliche Brücke zwischen diesen Staaten bilden, weder in kultureller noch in politischer Hinsicht. Solche Äußerungen sind vielmehr symptomatisch dafür, daß die Formeln „arabischer Nationalismus“ oder „arabischer Sozialismus“ gerade nach dem Ende des Kolonialregimes in allen arabischen Staaten nur geringe integrierende Kraft haben, weil sich bis heute fast alle Araber nur als Muslimen verstehen können, selbst dann, wenn sie weitgehend laiziert sind.

Vorgänge und Entwicklungen

Zeichen der Gärung im französischen Klerus?

In vier Teilaspekte läßt sich die lebhafteste Debatte über den sozialen Status des Priesters, die gegenwärtig in Frankreich in Presse, Rundfunk und Fernsehen geführt wird und an der sich Priester, Laien und Bischöfe beteiligen, aufschlüsseln: die Frage der bezahlten Lohnarbeit, des Pflichtzölibats, des Verhältnisses zur kirchlichen Autorität und des politischen und gewerkschaftlichen Engagements. Wie kam es zu dieser Debatte?

Der unmittelbare Anlaß zur Diskussion, die wohl heute keinen französischen Kleriker unbeteiligt läßt, war die Veröffentlichung eines Briefes, ohne daß die Bischöfe vorher von seinem Inhalt in Kenntnis gesetzt wurden. NC News Service will allerdings wissen (16. 1. 69), daß die Unterzeichner des Briefes die Bischöfe vorher inoffiziell von ihm unterrichten wollten und daß die Veröffentlichung der Indiskretion eines Journalisten zuzuschreiben sei, die sich jedoch nicht beweisen lasse. „Le Monde“ (14. 11. 68) behauptet, Erzbischof *F. Marty* habe in seiner Eröffnungsansprache auf der vorjährigen Vollversammlung der Französischen Bischofskonferenz in Lourdes die Existenz dieses Briefes angedeutet.

Ein Brief, der Aufsehen erregte

Dieser Brief, der am 14. November 1968 von „Le Monde“ in großen Auszügen, von „La Croix“ am 22. des gleichen Monats in vollem Wortlaut veröffentlicht wurde, greift das Problem des sozialen Status des französischen Priesters auf, der durch zahlreiche Gegensätze „unerträglich“ geworden sei: vor allem durch den Gegensatz zwischen dem Inhalt der Glaubensverkündigung und der Lebensweise des Klerus, zwischen dessen Lebensweise und der der übrigen Menschen. Drei Gründe werden dafür angegeben: 1. Die Abhängigkeit von den heutigen Strukturen der Kirche, welche die Personwürde, das psychologische Gleichgewicht und manchmal sogar die Existenz des Priesters selbst treffe; 2. das vom „System“ betriebene Hinausschieben der vom Konzil gewünschten Reform des priesterlichen Lebensvollzugs und 3. die Sackgasse, in die

der Klerikerstand als „Kultfunktion“ die Priester führe. Das von den Unterzeichnern angestrebte Ziel ist die Eingliederung des Priesters in die Welt von heute als integralen Teil der notwendigen Eingliederung der Kirche in diese Welt. Dies könne geschehen durch die Übernahme von Lohnarbeit. Diesen Entschluß hätten einige der Unterzeichneten gefaßt, „ohne von außen dazu berechtigt worden zu sein“. Neu an diesem Schritt sei nur sein kollektiver Aspekt. Das Übergehen der Bischöfe bei dem Entschluß wird damit begründet, daß beim „heutigen Stand der Dinge die Voraussetzungen für einen Dialog nicht gegeben sind“. Der Dialog als solcher wird nicht abgelehnt, doch müsse er „in einem Verhältnis der Gemeinsamkeit“, nicht der „Unterordnung“ geführt werden. Ebenso wird die apostolische Autorität als solche keineswegs in Frage gestellt, lediglich ihre geschichtlichen Vollzugsformen. Ihre Initiative wolle als Schritt innerhalb der Kirche verstanden werden. Außer den bereits genannten Diskussionspunkten werden folgende Forderungen aufgestellt: kollektive Ausübung des Rechtes auf Beratung und Entscheidung im Leben der Kirche, Teilnahme an der Entscheidung über Ernennung und Versetzung von Priestern und Bischöfen, mündliche und schriftliche freie Meinungsäußerung, Teilnahme an den Entscheidungen über die Auswahl und Ausbildung des Priesternachwuchses.

Die unterzeichneten Priester schlagen vor, eine „Ständige Versammlung“ zu bilden, wo Priester und Bischöfe — unter Beteiligung von Laien — gemeinsam an der Lösung der aufgeworfenen Probleme arbeiten. Dieser Brief mit Datum vom 3. November 1968, der anfangs von rund 50 Priestern vornehmlich aus dem Pariser Bezirk unterzeichnet und an rund 2000 Priester zur Unterschrift versandt wurde und auch an die Bischöfe gerichtet war, soll inzwischen von 621 Priestern unterzeichnet worden sein.

Um das Dokument richtig einzuordnen, muß vor allem sein Grundanliegen gesehen werden. In einer „Erklärung“ (im wörtlichen Sinne) vom 19. November („Le Monde“,